Ming Pei, das Euroballet und die Kulturpresse

Zur Kulturpolitik im Staatshaushalt 1991

Pressehilfe für die Kulturzeitschriften

Die Tageszeitungen schrieben nur in Nebensätzen davon, für "forum" und sieben weitere Redaktionen war es DIE Neuigkeit des diesjährigen Staatshaushalts: Parlament und Regierung einigten sich darauf, den Luxemburger Kulturzeitschriften im Haushaltsjahr 1991 eine Million Luxemburger Franken als Pressehilfe zur Verfügung zu stellen. Was als Geschenk des Himmels aussehen mag, ist in Wahrheit der nach 14 Monaten zähen Ringens von der Regierung zugestandene Betrag, der das Überleben der acht Zeitschriften "Les Cahiers luxembourgeois", "de Cläärwer Kanton", "Eis Sprooch", "Estuaires", "forum", "Galerie", "Hémecht" und "nos cahiers" sichern soll.

Begonnen hat das Unternehmen staatliche Pressehilfe für kulturelle Zeitschriften seit Jahren in den Redaktionsstuben verschiedener betroffener Organe, die nicht verstehen konnten und können, daß allein kommerzielle Unternehmen, die von Werbeeinnahmen leben und mindestens einmal pro Woche erscheinen und drei Berufsjournalisten beschäftigen, von der Pressehilfe profitieren sollen, deren Sinn und Zweck es ursprünglich war, den Pressepluralismus in Luxemburg sicherzustellen. An die Regierung herangetragen wurde der Wunsch nach einer Ausdehnung der Pressehilfe auf die Kulturpresse u.a. bei Gelegenheit eines "forum"-Gesprächs mit Kulturminister Jacques Santer im Oktober 1989 ("forum", Nr.

115/1989). Der Premierminister zeigte ein offenes Ohr, bestätigte uns auch schriftlich, daß er vorhabe, im Staatshaushalt entsprechende Kredite für das Jahr 1991 vorzuschauen.

Parallel hörten wir von einer Initiative des "Galerie"-Herausgebers Cornel Meder, der ein paar Zeitschriften um einen Tisch versammelt hatte, um gemeinsam eine finanzielle Unterstützung für die Kulturpresse zu fordern. Dieser Kreis, der schließlich die acht oben genannten Zeitschriften umfaßte und an dessen Beratungen auch Vertreter des "Lëtzebuenger Schrëftstellerverbands" (LSV) teilnahmen, einigte sich im Frühjahr 1990 auf einen Forderungskatalog und auf genaue Modalitäten, wie eine solche Pressehilfe unter die Betroffenen verteilt werden sollte. Der Entwurf eines großherzoglichen Reglements wurde dem delegierten Kulturminister unterbreitet. Dann wurde es still um das Projekt.

Als im Herbst das Budgetprojekt des Finanzministers auf dem Tisch lag, fehlte jede Spur des versprochenen Kredits (siehe auch Kasten). Die "forum"-Redaktion gab ihre Hoffnung aber nicht auf. Wir mobilisierten von unserer Seite aus alle politische Freunde, die unsere pluralistische Zeitschrift in der Regierung, im Parlament und in den verschiedensten Parteien zählt, von der CSV über LSAP und DP bis zu GAP, GLEI und KPL. Und siehe da, es war nicht umsonst! Bei den Amendements zum Haushalt brachte die Regierung in letzter Minute den Vorschlag ein, einen Budgetposten von einer Million als

Das Projekt Euroballet ist auch kein einmaliger Ausrutscher. Das Denken in Prestigekategorien scheint zum Inbegriff Luxemburger Kulturpolitik zu werden.

Der Premierminister und die Zeitungsverleger

Einen Grund für die Schwierigkeiten bei der Zuerkennung einer staatlichen Pressehilfe für Kulturzeitschriften erwähnte Informationsminister Jacques Santer schon in seinem "forum"-Interview (Nr. 115). Er wiederholte ihn im nachstehend abgedruckten Auszug eines Interviews im "GréngeSpoun" Nr. 50 (14.12.1990): Seine Absicht war es gewesen, die 1976 geschaffene Pressehilfe, die bislang nur einer sehr kleinen Zahl von Presseorganen zugute kommt, weil die kommerziellen Zeitungsverleger eine sehr restriktive Pressedefinition durchsetzen konnten, auch für Zeitschriften wie "forum" oder "GréngeSpoun" zugänglich zu machen. Er scheiterte mit seinem Vorschlag an der Opposition der Luxemburger Zeitungsverleger! Welch ein Eingeständnis! Die kommerziellen Zeitungsmacher - nur einmal darf der Leser raten, wer in diesem Verein den Ton angibt! Es sind nicht die kleineren Tageszeitungen, die eine "forum"-Konkurrenz fürchten - dürfen in Luxemburg der Regierung diktieren, wem sie staatliche Unterstützung zulassen kommen darf und wem nicht!

J. Santer: (...) Was Sie natürlich interessiert, ist unter welchen Bedingungen beispielsweise Ihre Publikation auch in den Genuß dieser staatlichen Unterstützungen gelangen könnte. Das hängt natürlich von den Verhandlungen ab, die mit den Verlegern zu führen sind, und sie haben verschiedene Bedingungen gesetzt. Um es klar zu sagen, dem Staat geht es nicht um mehr oder weniger 5 Millionen. Aber wir wollen in einem derartigen Bereich nur subsidiarisch handeln, weil wir sonst in des Teufels Küche geraten.

GréngeSpoun: Im Kommentar zu dem vorliegenden Gesetzesprojekt (zur Reform des Presserechts und der Pressehilfe) wird Carlo Hemmer zitiert, der klar und deutlich sagte, daß die im 76er Gesetz festgelegten Parameter in Frage gestellt werden müssen. Er nannte u. a. die Vorschrift, seit wenigsten drei Jahren wöchentlich zu erscheinen, und die Tatsache, daß mindestens drei hauptamtliche Journalisten beschäftigt werden müssen. Geändert wurde im Sinne Hemmers der erste Punkt (Verkürzung auf ein Jahr), derweil beim zweiten durch Heraussetzung auf fünf RedakteurInnen der Zugang zur Pressehilfe bedeutend erschwert wird. Das ist doch unverständlich. Dann wird zusätzlich im Gesetzeskommentar erwähnt, daß diese Erhöhung kein Problem darstellt, da sämtliche bislang bezuschußten Organe diese Konditionen erfüllen. Wird hier nicht "à la tête du client" verfahren?

J. Santer: Dazu will ich sagen, daß das nicht die Meinung und der Vorschlag der Regierung war. Wir hatten eigentlich zwei Optionen, entweder wir bauen auf das bestehende Gesetz von 1976 auf, oder wir finden etwas Neues. Ich wäre sicher bereit gewesen, einen neuen Weg einzuschlagen, doch hat sich in den Verhandlungen erwiesen, daß da kein Konsens mit den Verlegern zustande kommen konnte. Wir griffen also auf die bestehende Gesetzgebung zurück, um dann zu erwägen, wie die Verleger finanziell besser unterstützt werden könnten. Es ging dabei nicht um Einschränkungen. Es bestand der Wunsch, die Anzahl der Journalisten heraufzusetzen und damit verbunden eine zusätzliche finanzielle Unterstützung zu bekommen. Dies war keine Bedingung unsererseits.

GS: Bedeutet dies denn nicht einen Rückfall in die Zeiten des Korporatismus? Da gibt es Leute, die seit 15 Jahren von einem Gesetz profitieren ...

J. Santer: Das stimmt.

"aide à la presse culturelle" vorzusehen. Allen Politikern und Beamten, die ihre Hand mitanlegten, daß es dazu kam, sei an dieser Stelle öffentlich unser Dank ausgesprochen, auch wenn wir unsere Linie eines kritischen Journalismus nicht aufgeben und dieselben gelegentlich in unsere 'Schußlinie' geraten können.

"forum"-Pläne

Zur Stunde wissen wir allerdings noch nicht, welcher Anteil des Kuchens "forum" zusteht. Nichtsdestoweniger möchte die Redaktion unverzüglich die seit langem notwendige personelle Verstärkung unseres Sekretariats in die Wege leiten. Näheres dazu erfährt der Leser an anderer Stelle in dieser Nummer. Um eine echte, aktuelle Kulturzeitschrift zu werden, die sich nicht drei- oder viermal im Jahr mit schöngeistiger Besinnung und wissenschaftlichen Forschungsaufsätzen begnügt, sondern das kulturelle, religiöse und politische Tagesgeschehen mit Hintergrundinformationen und Kommentaren begleitet und so wesentlich zur politischen Kultur des Landes beiträgt bzw. Kulturschaffende in den politischen Meinungsbildungsprozeß der Gesellschaft einbezieht, reichen unsere Träume allerdings noch weiter. Die Traumdeuter sehen - inmitten eines geräumigen Arbeitszimmers in der restaurierten Neumünsterabtei - eine(n) vollamtliche(n) Journalisti/en, der/die die konzeptionelle Arbeit mitgestaltet, Informationsmaterial beschafft, Pressekonferenzen und andere Veranstaltungen besucht, Dossiers koordiniert usw., assistiert von einem/r halbtags arbeitenden Verwaltungsmitarbeiter(in), während die Texte der freiwilligen Mitarbeiter von einer/m professionellen Dactylographe/in erfaßt werden. Das bedeutet nicht, daß "forum" zur professionellen Zeitschrift werden soll. Doch angesichts der steigenden beruflichen und familiären Lasten der freiwilligen Mitarbeiter(innen) wird sich deren Beitrag immer stärker auf die inhaltliche Gestaltung bzw. das Schreiben von Beiträgen konzentrieren müssen.

Schließlich und nicht zuletzt soll das staatliche Subsid auch jenen Kulturschaffenden zugute kommen, die bei "forum" mitarbeiten (wollen) und die von ihrer Schriftstellerei oder Zeichnerlei leben. Außer an Guy Rewenig und Guy W. Stoons konnte "forum" bislang keine Gagen für schreibende oder zeichnende Mitarbeiter(innen) bezahlen, obwohl wir uns mit dem LSV immer dafür einsetzten und auch in Zukunft einsetzen werden, daß die kreative, geistige Arbeit genauso Anspruch hat auf Entlohnung wie die körperliche oder administrative Routinearbeit.

Kulturpolitik in der Provinz

Damit sind wir aber beim wunden Punkt in Sachen kulturelle Pressehilfe angelangt. Die acht Zeitschriften hatten sich vorgestellt, dieser Budgetposten werde mindestens 4-8 Millionen Franken betragen. Die knappe Million, die erst in letzter Minute überhaupt in den Staatshaushalt aufgenommen wurde, stellt natürlich einen absolut lächerlichen Betrag dar. Acht Zeitschriften, die alle ihr Können und ihre Not-

wendigkeit auf der Luxemburger Kulturszene längst unter Beweis gestellt haben, müssen sich eine Million teilen. Auf der anderen Seite erhält das Projekt Euroballet auf Anhieb 40 Millionen, ohne daß feststeht, daß die restliche Finanzierung und der künstlerische Erfolg gesichert seien. (Anfangs waren zwar nur 10 Millionen vorgesehen, dann sollten es per Amendement 50 werden; das ging dem Staatsrat aber entschieden zu weit, der dann 10 Millionen für die beiden Stadttheater von Luxemburg und Esch abzwiegte.)

Wir gönnen den 45 Tänzerinnen und Tänzern aus ganz Europa gern dieses Geld; wir brauchen keine 40 Millionen. Wenn das Projekt aber zum Aushängeschild Luxemburger Kulturpolitik hochstilisiert wird, wenn die Premiere zum feierlichen Staatsakt in Präsenz des europäischen Hochadels mit Ansprachen des Premier- und Kulturministers, der Kammerpräsidentin und der Stadtbürgermeisterin umfunktioniert wird, ohne daß ein Luxemburger an der künstlerischen Leistung des Ballets den geringsten Anteil hat, dann kommen uns doch Zweifel an der Prioritätensetzung in der Luxemburger Kulturpolitik. Im Rahmen der EG-Präsidentschaft ist immer wieder von Regierungsseite die Rede davon, daß diese Gelegenheit genutzt werden muß, die Luxemburger Kultur, die nationale Eigenart, die kulturelle Eigenständigkeit unseres Landes im europäischen Ausland zu verkaufen. Mit solchen Prestigeobjekten wie Euroballet erhält in den Augen von Außenstehenden diese luxemburgische Eigenart aber eine höchst provinzielle Note! Sich mit fremden Lorbeeren brüsten, während unser Staat nur mit der Finanzierung protzen kann, zeigt doch eher, wie kleinkariert Luxemburger Politiker denken. Solche Aushängeschilder braucht unsere Kultur nicht, zumindest solange nicht, wie die "luxemburgische" Kultur nicht ebenbürtig danebenstehen kann, wie sie nicht mit gleich hohen Summen gefördert wird, wie sie nicht dieselben Chancen erhält, sich einem internationalen Publikum bekannt zu machen.

Mit einer 20 Millionen Franken teuren Ausstellung über Luxemburg, die durch die Luxemburger Botschaftsräume in den 11 EG-Staaten wandern wird, ist es nicht getan. Der Kredit für Börsen an junge Luxemburger Nachwuchskünstler, die den Schritt in den Professionalismus wagen möchten und deren unzulängliche Finanzierung Mars Klein jüngst in einem "forum"-Interview aufgezeigt hat (Nr. 123/1990), wird 1991 um ganze 150 000 Franken auf 2,15 Millionen Franken erhöht. Anderes Beispiel: Warum erhalten - und das sei keineswegs aus Neid gesagt: wir fordern nur gleiche Rechte - die Luxemburger Kulturzeitschriften, in denen unsere multikulturelle Vielfalt und der soziopolitische Pluralismus ohne Zweifel gebührend und authentischer zum Ausdruck kommen, nicht einen ernsthaften Bruchteil der Summe, die dem Euroballet zur Verfügung steht, um sich dann tatsächlich so zu entfalten, daß sie Luxemburg sogar im Ausland einen Namen machen können? Was in diesen acht Zeitschriften steht, läßt sich durchaus mit dem Inhalt je verwandter Blätter im Ausland messen.

Im übrigen wirft ein Projekt wie Euroballet oder auch das geplante Zentrum für zeitgenössische Kunst die Frage nach den möglichen Adressaten auf. Beide Projekte wenden sich zweifellos an ein Elitepublikum. In bezug auf das Museum wird sogar von eigens zu dessen Besuch anreisenden Kulturtouristen gesprochen. Wir widersetzen uns selbstverständlich nicht solchen Projekten, weil sie nur für ein elitäres Publikum gedacht seien. Auch der sog. kleine Künstler in Luxemburg braucht die Herausforderung der Auseinandersetzung mit sog. großen Künstlern. Das war zweifellos eines der Ergebnisse des "forum"-Kunstdossiers (Nr. 107/1988). Und Mars Klein wies noch im Literaturdossier in Nr. 123 darauf hin, daß Luxemburg nie so viele gute Amateure im Radsport hatte als zur Zeit eines Charly Gaul. Doch daneben muß es auch den Breitensport geben. Und in dieser Hinsicht vermißt man im Budget des Kulturministeriums jede Akzentsetzung. Die Budgetposten betreffend Einsammlung oraler Zeugnisse aus vergangener Zeit oder Studium der Industriegeschichte werden sogar gekürzt bzw. gestrichen. Wann wird z.B. mal in Luxemburg eine "Fête de la musique" organisiert, bei der während eines Tages an allen Ecken und Enden des Landes auf Staatskosten Musikgruppen aller Gattungen und Richtungen auftreten und gerade solche Leute mit Musik konfrontieren, die sie nicht von selbst aufsuchen? Oder eine "Fête du cinéma", bei der die Eintrittspreise vom Staat bezahlt werden, um solche Leute ins Kino zu locken, z.B. mit Luxemburger Filmen, die normalerweise nie ins Kino gehen und den Unterschied zum Fernsehschirm gar nicht kennen?

Das Projekt Euroballet ist auch kein einmaliger Ausrutscher. Das Denken in Prestigekategorien scheint zum Inbegriff Luxemburger Kulturpolitik à la Santer und Steichen zu werden. Als es darum ging Luxemburg endlich ein angemessenes Zentrum für zeitgenössische Kunst zu verschaffen, das auch "forum" mit der Feder von Anne Fabeck schon 1988 gefordert hat (vgl. Nr. 107; vgl. auch die sehr treffenden Fragen, die in der "Phare"-Beilage des "tageblatt" vom 9.1.1991 in dieser Sache aufgeworfen werden), kannte die Regierung keinen anderen Architekten als den Amerikaner-Chinesen Ieoh Ming Pei, um die Pläne für ein solches Gebäude ausarbeiten zu lassen. Bei allem Respekt vor der künstlerischen Leistung eines Pei - der Unterzeichnete ist ein Befürworter der Louvre-Pyramide - muß doch die Begründung eines Kulturministers für diese Personenwahl erschrecken: "Was Herr Mitterand kann, können wir auch!" - "...mat de groussen Henn pisse goe", sagt der Luxemburger Volksmund für eine solche Einstellung. Sie beweist gerade, daß wir nicht können, was eine Kulturturnation wie Frankreich kann: nämlich selbstständig denken, eigene Wege gehen, eine nationale kulturelle Identität entwickeln! An anderer Stelle in dieser Nummer träumt Guy Rewenig davon, wie Herr Pei diesen Provinzialismus der Kulturpolitiker entlarvt. Schön wär's! Aber die Herren Santer & Co. reden und verstehen nur die Sprache des Gelds.

michel pauly